

**Juni 2013**

---

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung .....	2
Kritik am Verteidigungsminister wegen Umgang mit Drohnen-Projekt.....	3
Trotz Kritik: Sechs von zehn gegen Rücktritt de Maizières.....	4
Politikerbewertung: de Maizière mit zweistelligem Ansehensverlust .....	5
Kanzlerpräferenz: Merkel liegt 27 Punkte vor Steinbrück .....	7
Große Zustimmung für Vorhaben der CDU.....	8
Kompetenzen: Union bei Wirtschaftsthemen vorn, SPD in der Wohnungspolitik und bei sozialer Gerechtigkeit.....	9
Sonntagsfrage: Union 14 Punkte vor der SPD .....	11
Geteilte Meinungen zu einem Regierungswechsel .....	13
Glaubwürdigkeitsdefizit bei allen Parteien.....	15
Sorge um eigene Ersparnisse hat deutlich zugenommen .....	16

## ARD – DeutschlandTREND Juni 2013

Umfrage zur politischen Stimmung  
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

### Untersuchungsanlage

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteur	Ingmar Cario: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung Infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage und Fragen zu Thomas de Maizière: 1.503 Befragte Fragen zur "Wechselstimmung": rund 500 Befragte
Erhebungszeitraum	03. bis 04. Juni 2013 Sonntagsfrage und Fragen zu Thomas de Maizière: 03. bis 05. Juni 2013
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	Infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

## Zusammenfassung

Verteidigungsminister Thomas de Maizière steht wegen seines Umgangs mit dem gescheiterten Drohnen-Projekt „Euro-Hawk“ massiv in der Kritik: 40 Prozent halten sein Verhalten für falsch und ebenso viele (43 Prozent) sind der Meinung, dass der Minister dabei keine gute Figur gemacht hat. Nur 11 Prozent sind der Ansicht, de Maizière sei nichts vorzuwerfen. Auch in Reihen der Unions-Anhänger ist die Kritik am Verteidigungsminister groß. Allerdings hält eine klare Mehrheit der Deutschen (61 Prozent) einen Rücktritt de Maizières für überzogen. Die „Euro-Hawk“-Affäre hat gleichwohl zu einem massiven Ansehensverlust de Maizières geführt: Derzeit sind nur 40 Prozent mit seiner politischen Arbeit zufrieden - 16 Punkte weniger als Anfang Mai.

Alle anderen Politiker können indes ihre Beliebtheitswerte steigern. Dies gilt auch für Kanzlerin Angela Merkel, die die Liste der beliebtesten Politiker Deutschlands weiter anführt: Mit ihrer Arbeit sind aktuell 70 Prozent der Deutschen zufrieden, ein Plus von 5 Punkten im Vergleich zum Mai. Auch Finanzminister Wolfgang Schäuble kann sein Ansehen in der Bevölkerung deutlich verbessern und überzeugt 67 Prozent (+7) der Bürger, sein bisher höchster Wert im ARD-DeutschlandTREND. Bei der Kanzlerpräferenz liegt Amtsinhaberin Merkel 27 Punkte vor ihrem SPD-Herausforderer Peer Steinbrück.

Die in der letzten Woche von der CDU für die nächste Legislaturperiode angekündigten Vorhaben finden alle große Unterstützung in der Bevölkerung: 61 Prozent halten eine Mietpreis-Bremse für sinnvoll und umsetzbar. Ein Fünftel (21 Prozent) hält eine gesetzliche Begrenzung der Mieten zwar für richtig, glaubt aber nicht, dass sie derzeit finanzierbar sei. Eine Erhöhung der Renten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird ebenfalls von einer Mehrheit (56 Prozent) für sinnvoll und umsetzbar gehalten. Jeder Dritte (35 Prozent) bezweifelt jedoch die Finanzierbarkeit. Etwas skeptischer sehen die Bürger eine Erhöhung des Kindergelds, wenngleich auch hier die meisten (43 Prozent) für eine Realisierung plädieren. Jeder Dritte (33 Prozent) hält diese Maßnahme zwar für sinnvoll, glaubt allerdings nicht, dass dies bezahlbar ist.

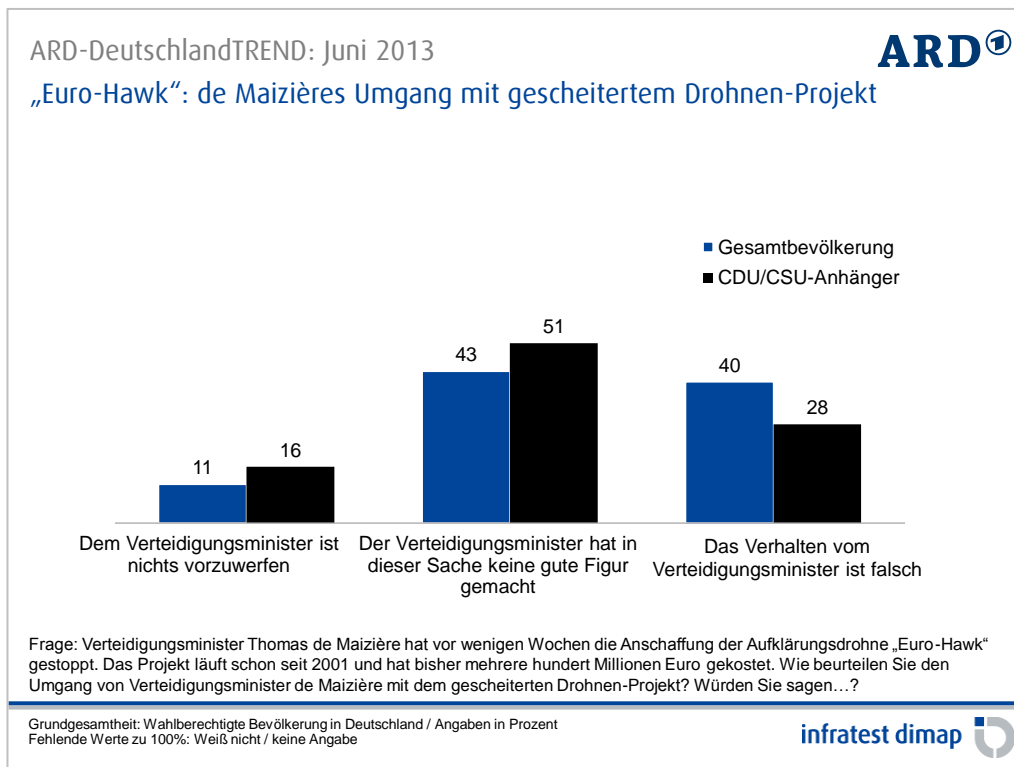
Inhaltlich wird der CDU/CSU in den meisten Politikfeldern die größte Kompetenz zugeschrieben. Im Vergleich zur letzten Erhebung im März konnten die Unionsparteien zudem in allen Bereichen Kompetenzgewinne verzeichnen. Dies gilt auch für die Bewältigung der Euro- und Schuldenkrise, bei der fast jeder Zweite (45 Prozent) auf die Union setzt. Auch in den anderen wirtschaftsnahen Bereichen vermag die Union am stärksten zu punkten, u.a. in der Wirtschaftspolitik (54 Prozent).

Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl käme die Union auf 41 Prozent (-1 Punkt im Vergleich zur Vorwoche), die SPD auf 27 Prozent (+1). Die Anteile von Grünen (14 Prozent), Linke (6 Prozent), FDP (4 Prozent) und AfD (3 Prozent) bleiben unverändert.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Juni 2013, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 03. April bis 05. Juni 1.003, für die Sonntagsfrage und die Fragen zu Thomas de Maizière 1.503 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## Kritik am Verteidigungsminister wegen Umgang mit Drohnen-Projekt

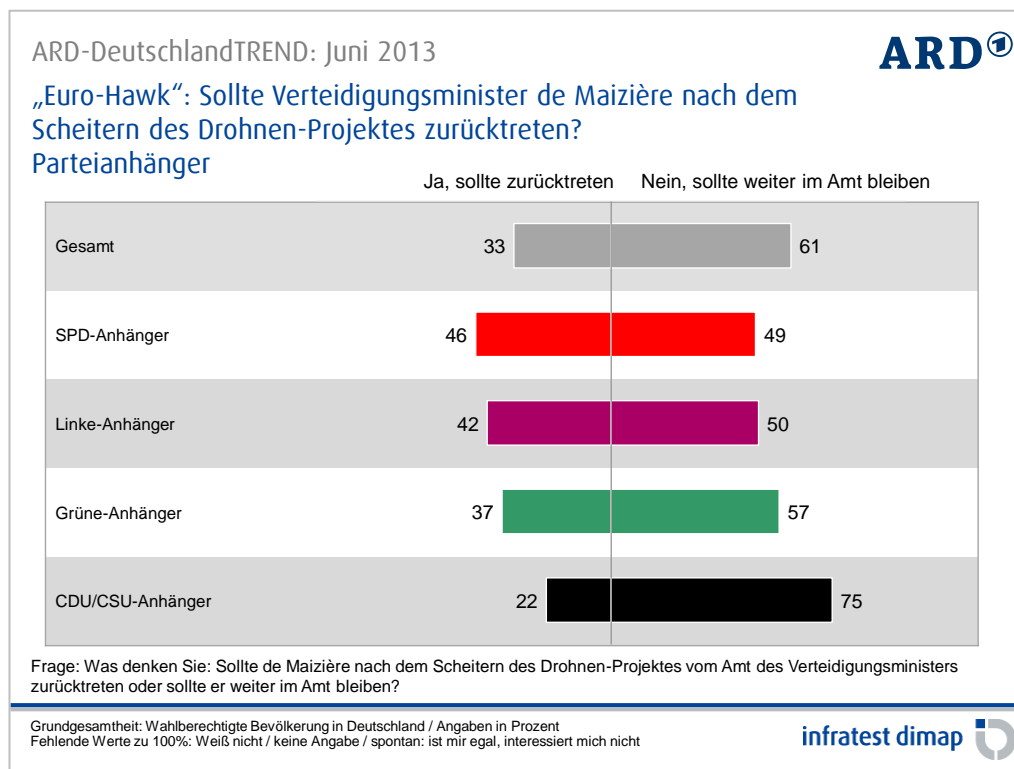
Nach einer Planungszeit von elf Jahren hat das Verteidigungsministerium im letzten Monat die Beschaffung einer Aufklärungsdrohne für die Bundeswehr wegen Problemen mit der Zulassung für den europäischen Luftraum abgesagt. Das unbemannte Flugzeug namens „Euro-Hawk“ hat bereits Kosten von mehr als 500 Millionen Euro verursacht. Verteidigungsminister Thomas de Maizière wollte die Vorstellung des Untersuchungsberichts zu dem Rüstungsprojekt vor dem Bundestags-Verteidigungsausschuss abwarten und hatte sich bis dahin nicht ausführlich dazu geäußert. Die Bürgerinnen und Bürger kritisieren de Maizière mit großer Mehrheit wegen seines Umgangs mit dem gescheiterten Drohnen-Projekt: 43 Prozent sind der Meinung, dass der Minister bei dieser Sache keine gute Figur gemacht hat. Fast ebenso viele (40 Prozent) halten sein Verhalten sogar für falsch. Nur jeder Zehnte (11 Prozent) ist der Meinung, de Maizière sei nichts vorzuwerfen.



Auch in Reihen der Unions-Anhänger ist die Kritik am Verteidigungsminister groß: Acht von zehn sind der Auffassung, dass er keine gute Figur gemacht (51 Prozent) bzw. sich falsch verhalten (28 Prozent) hat.

## Trotz Kritik: Sechs von zehn gegen Rücktritt de Maizières

Auch wenn die Kritik am Verteidigungsminister groß ist, sein Rücktritt wird nur von einem Drittel der Bevölkerung eingefordert: 33 Prozent ist der Meinung, dass Thomas de Maizière nach dem Scheitern des Dohnen-Projekts seinen Kabinettsposten aufgeben sollte. Eine deutliche Mehrheit (61 Prozent) vertritt jedoch die Ansicht, er sollte weiterhin im Amt bleiben. Dabei dürfte sich für ihn die Hochwasserkatastrophe mildernd auswirken, weil die Bekämpfung der Flut im Süden und Osten Deutschlands im Vordergrund der medialen Berichterstattung steht.

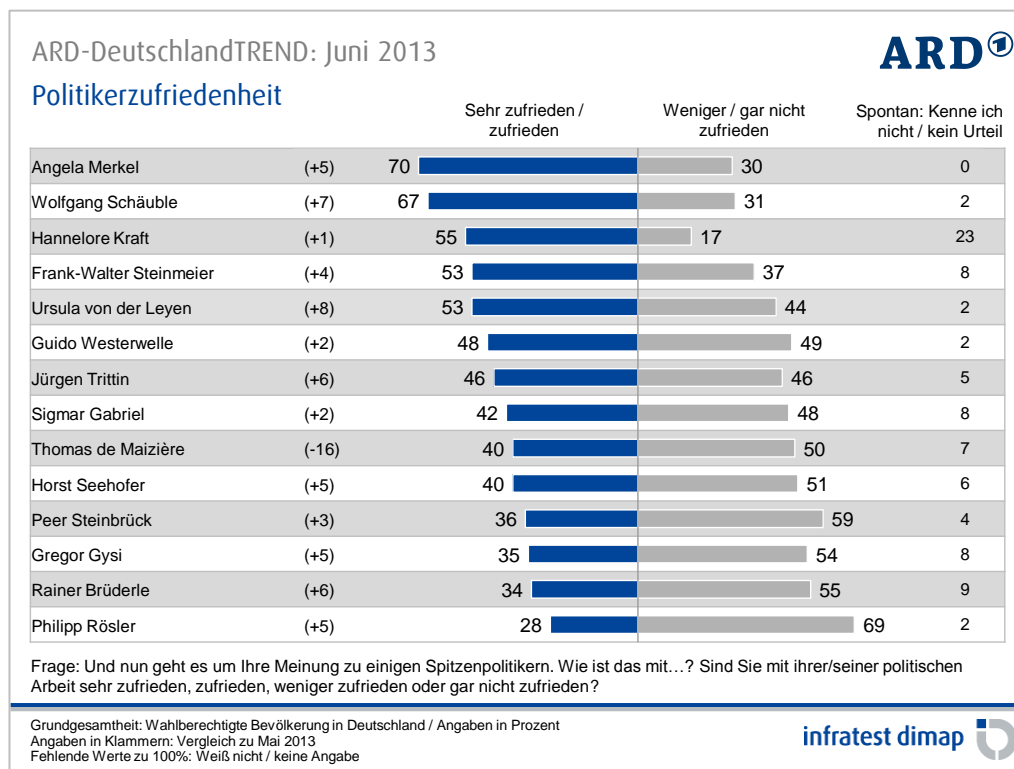


Naturgemäß äußern die Anhänger der Oppositionsparteien häufiger eine Rücktrittsforderung gegenüber dem Merkel-Vertrauten. Allerdings sind auch die Anhänger von SPD, Grünen und Linkspartei mehrheitlich der Meinung, dass de Maizière im Amt bleiben sollte.

An diesem Meinungsbild zu Thomas de Maizière haben seine Auftritte im Bundestag und in den Medien am Mittwoch nichts Grundsätzliches geändert, wie die Auswertung der am Mittwoch durchgeführten Interviews zeigt.

## Politikerbewertung: de Maizière mit zweistelligem Ansehensverlust

Die Mehrheit der Deutschen sieht zwar keinen hinreichenden Grund für einen Rücktritt des Verteidigungsministers, einen massiven Ansehensverlust muss Thomas de Maizière indes verkraften. Derzeit sind nur 40 Prozent der Bevölkerung mit seiner politischen Arbeit zufrieden - 16 Punkte weniger als Anfang Mai. Damit gehört der Minister nicht mehr zum Spitzenquartett wie vor vier Wochen und rutscht in das Mittelfeld der in diesem Monat abgefragten Politiker ab. Alle anderen Politiker können ihre Beliebtheitswerte steigern.



Kanzlerin Angela Merkel führt weiter die Liste der beliebtesten Politiker Deutschlands an: Mit ihrer Arbeit sind aktuell 70 Prozent der Deutschen zufrieden, ein Plus von 5 Punkten im Vergleich zum Mai. Auch Finanzminister Wolfgang Schäuble kann sein Ansehen in der Bevölkerung deutlich verbessern und überzeugt 67 Prozent (+7) der Bürger. Für Schäuble ist das der bisher höchste Wert im ARD-DeutschlandTREND. Ebenfalls zulegen können die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (55 Prozent, +1), SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier (53 Prozent, +4) sowie Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (53 Prozent, +8), die ihren besten Wert seit rund zwei Jahren erreicht. Auch Außenminister Guido Westerwelle erzielt einen Rekordwert: Mit einer Zustimmungsrate

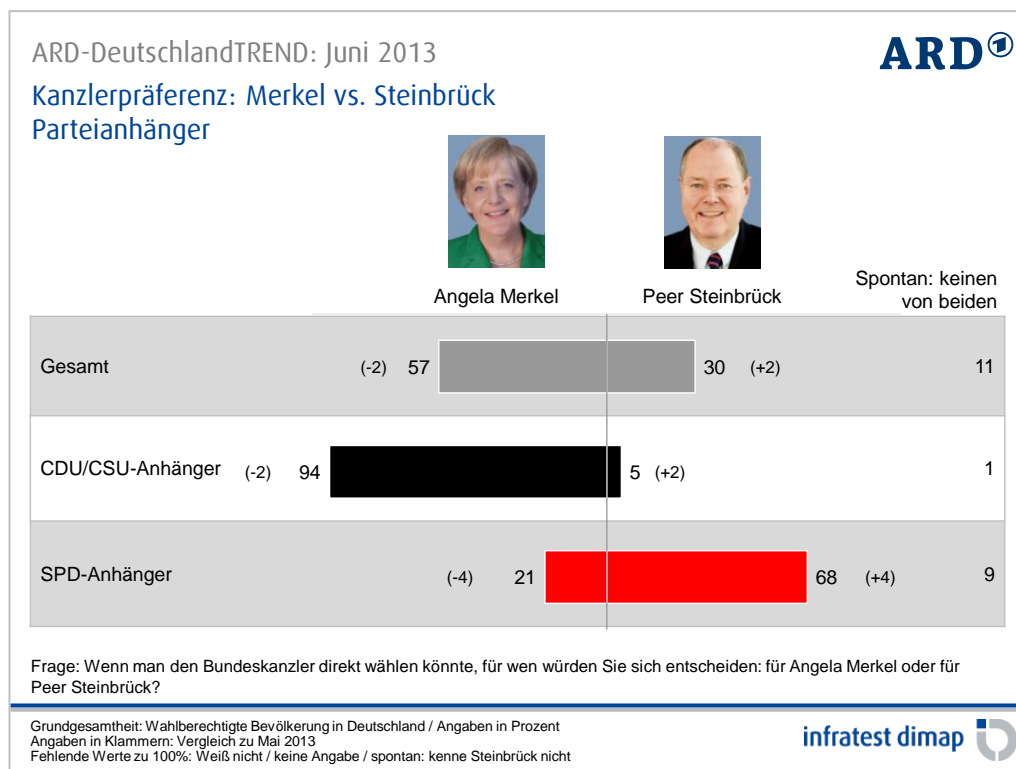
von 48 Prozent (+2) sind aktuell so viele Bürger von der Arbeit des FDP-Politikers überzeugt wie noch nie seit er das Auswärtige Amt führt.

Auch der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin verbessert sich: Fast jeder zweite ist mit seinem politischen Wirken einverstanden (46 Prozent, +6). Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel überzeugt 42 Prozent der Wahlberechtigten (+2). Gleichauf mit de Maizière liegt der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer mit einer bundesweiten Zufriedenheit von 40 Prozent (+5). Die sogenannte „Verwandtschaftsaffäre“ im bayerischen Landtag scheint seinem bundesweiten Ansehen offenbar nicht geschadet zu haben.

Im hinteren Mittelfeld platziert sich SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, der mit 36 Prozent (+3) etwas mehr gute Noten bekommt als vor vier Wochen. Auch der Linke-Fraktionschef Gregor Gysi vermag seinen Rückhalt in der Wahlbevölkerung auszubauen (35 Prozent, +5). Das ist Gysis höchster bisher gemessener Wert im ARD-DeutschlandTREND. Auch der Fraktionschef der Liberalen, Rainer Brüderle, legt zu und knüpft damit an seine Werte vom Jahreswechsel an (34 Prozent, +6). Schlusslicht der Rangliste bleibt, trotz eines deutlichen Ansehensgewinns, der FDP-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Philipp Rösler mit 28 Prozent (+5). Dies ist seine beste Bewertung seit Sommer 2011.

## Kanzlerpräferenz: Merkel liegt 27 Punkte vor Steinbrück

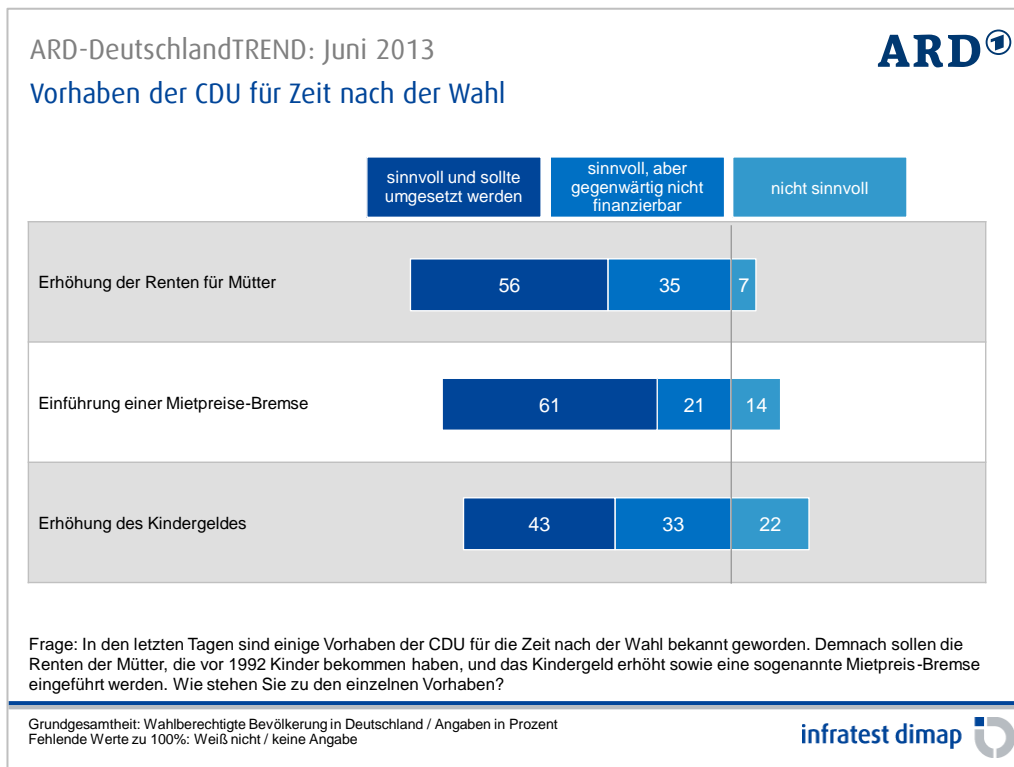
Die große Popularität der amtierenden Bundeskanzlerin sichert ihr weiterhin einen großen Vorsprung vor ihrem Herausforderer. Bei der – hypothetischen – Frage einer Direktwahl der Kanzlerin bzw. des Kanzlers würden sich in diesem Monat 57 Prozent für Angela Merkel und 30 Prozent für Peer Steinbrück entscheiden. Weil die CDU-Frau 2 Punkte verliert und der SPD-Mann in gleichem Umfang hinzugewinnt, verringert sich der Abstand etwas, bleibt aber mit 27 Punkten sehr deutlich.



Positiv für Steinbrück dürfte sein, dass er seine eigene Anhängerschaft stärker von sich überzeugen kann. Derzeit würden sich 68 Prozent der SPD-Anhänger für ihn entscheiden, im April waren es nur 57 Prozent. Immerhin ein Fünftel aus sozialdemokratischen Reihen würde derzeit die CDU-Amtsinhaberin wählen, vor zwei Monaten war es allerdings noch ein Drittel.

## Große Zustimmung für Vorhaben der CDU

Die CDU hat in den letzten Tagen angekündigt, dass sie nach der Bundestagswahl einige Sozialleistungen erhöhen und den Anstieg der Mieten begrenzen will. Diese Vorhaben finden in der Bevölkerung mehrheitliche Unterstützung. Die gilt am stärksten für eine Begrenzung der Wohnungsmieten: Eine Mietpreis-Bremse halten 61 Prozent der Deutschen für sinnvoll und plädieren für deren Umsetzung. Ein Fünftel (21 Prozent) hält eine gesetzliche Begrenzung der Mieten zwar für richtig, glaubt aber nicht, dass sie derzeit finanzierbar sei. Lediglich 14 Prozent lehnen eine solche Maßnahme ab.

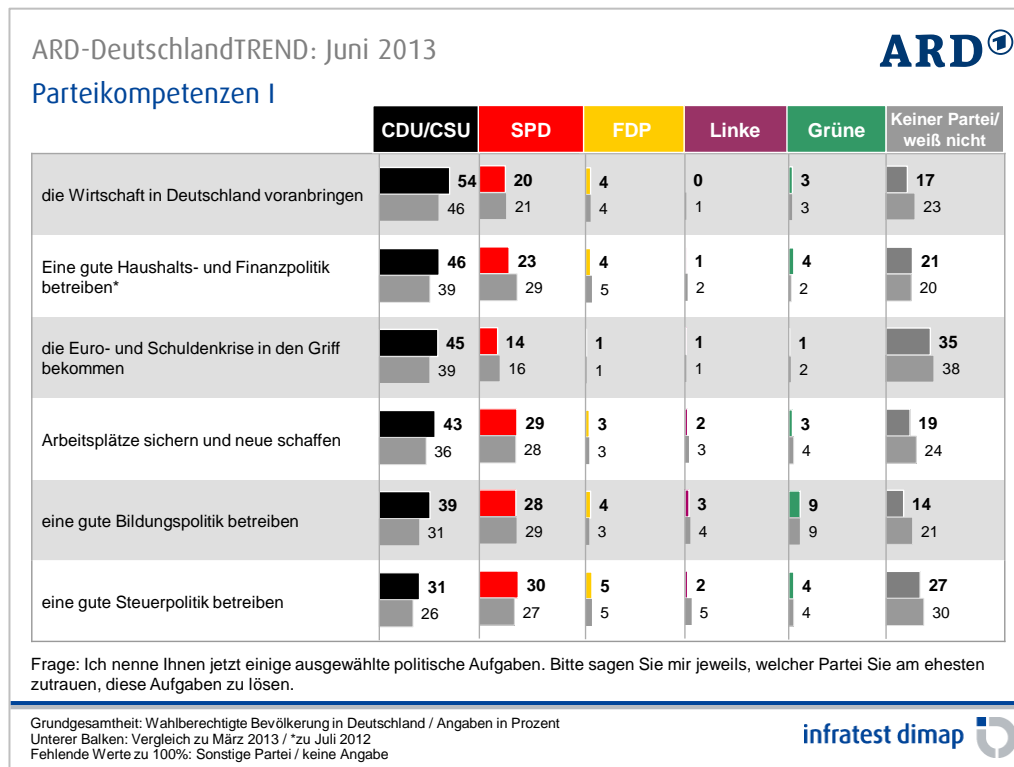


Eine Erhöhung der Renten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird ebenfalls von einer Mehrheit (56 Prozent) für sinnvoll und umsetzbar gehalten. Jeder Dritte (35 Prozent) äußert indes Zweifel an der Finanzierbarkeit der Maßnahme.

Etwas skeptischer stehen die Bürger einer Erhöhung des Kindergeldes gegenüber, wengleich auch hier die meisten (43 Prozent) für eine Realisierung plädieren. Jeder Dritte (33 Prozent) glaubt allerdings nicht, dass eine Erhöhung des Kindergelds bezahlbar sei. Gut ein Fünftel (22 Prozent) lehnt diese Maßnahme als nicht sinnvoll ab.

## Kompetenzen: Union bei Wirtschaftsthemen vorn, SPD in der Wohnungspolitik und bei sozialer Gerechtigkeit

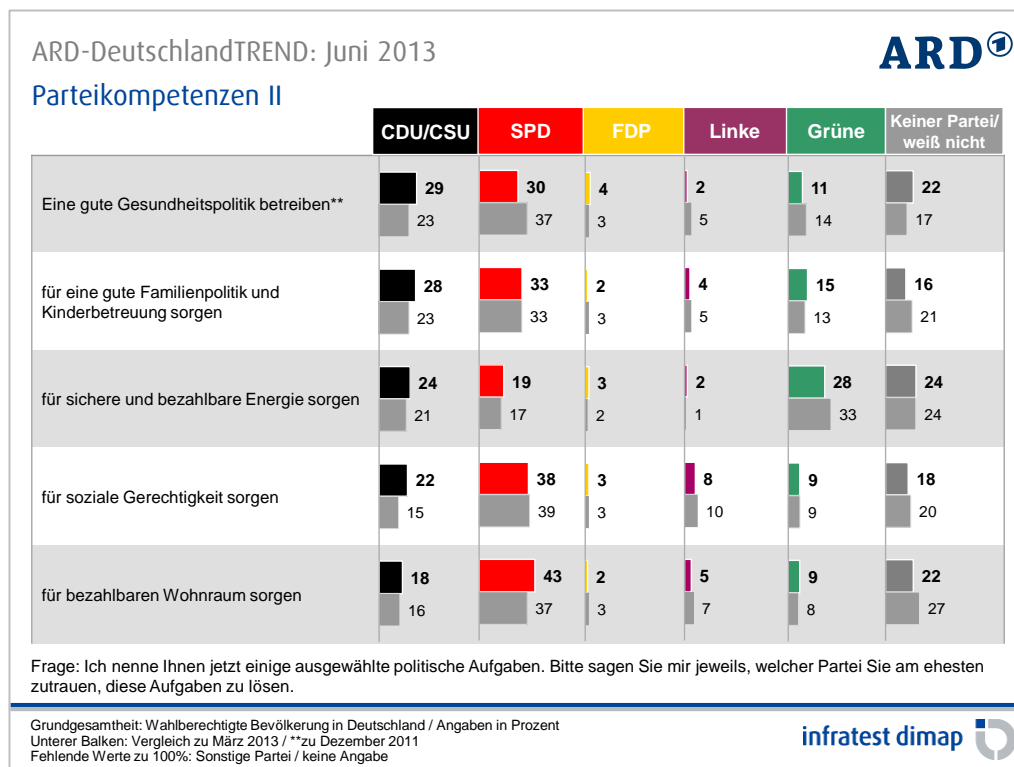
Das Zutrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Parteien spielt eine zentrale Rolle bei der Wahlentscheidung. Der **CDU/CSU** wird dabei in den meisten Politikfeldern am meisten zugetraut. Im Vergleich zur letzten Erhebung im März konnten die Unionsparteien zudem in allen Bereichen Kompetenzgewinne verzeichnen. Dies gilt auch für die Bewältigung der Euro- und Schuldenkrise, bei der fast jeder Zweite (45 Prozent) auf die Union setzt. Auch in den anderen wirtschaftsnahen Bereichen vermag die Union am stärksten zu punkten: Bei der Wirtschafts- (54 Prozent) sowie Haushalts- und Finanzpolitik (46 Prozent) und in Beschäftigungsfragen (43 Prozent). Darüber hinaus überzeugt die CDU/CSU stärker als andere Parteien mit ihren bildungspolitischen Konzepten (39 Prozent). In der Steuer- (31:30 Prozent) und in der Gesundheitspolitik (29:30 Prozent) liegt die Kanzlerpartei gleichauf mit der SPD.



Die **Sozialdemokraten** überzeugen am meisten mit ihrem Einsatz für bezahlbaren Wohnraum (43 Prozent). Daneben wird der SPD bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit (38 Prozent) am meisten Kompetenz zugeschrieben und sie kann beim Thema Familienpolitik und Kinderbetreuung punkten (33 Prozent).

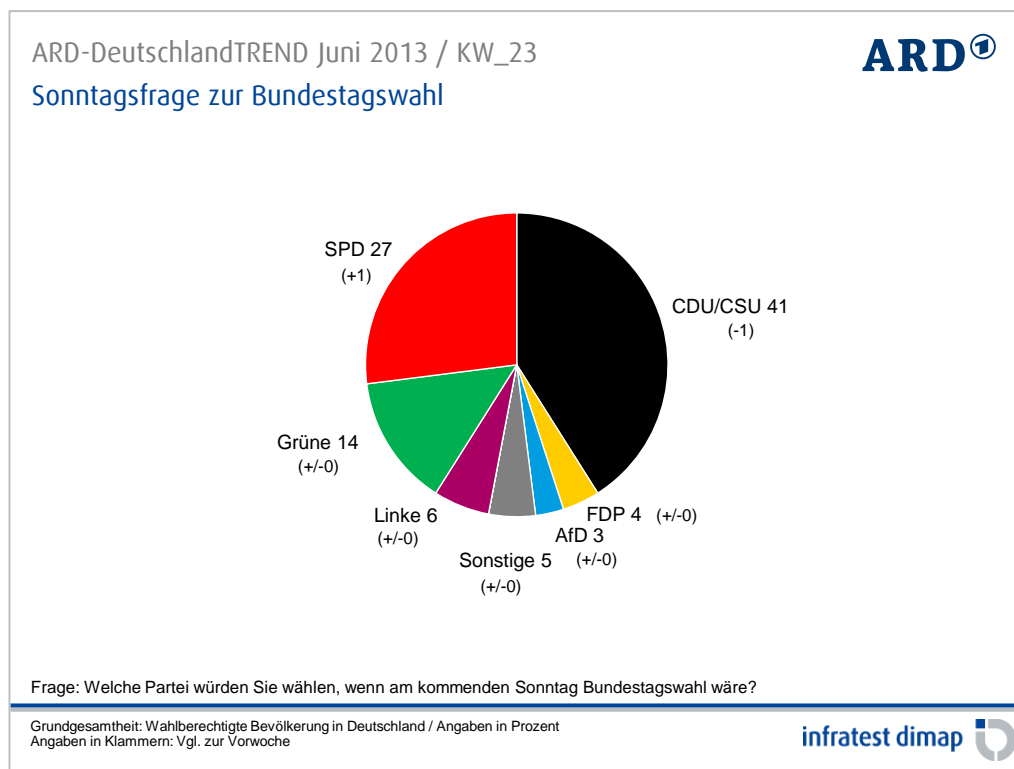
Eine sichere und bezahlbare Stromversorgung verbinden die Bundesbürger am ehesten mit den **Grünen** (28 Prozent). Sie überzeugen jenseits der Energiethematik vergleichsweise viele Wahlberechtigte in der Familien- (15 Prozent), Gesundheits- (11 Prozent), Bildungs- und Wohnungspolitik sowie in Fragen des sozialen Ausgleichs (jeweils 9 Prozent).

Die **Linke** wird wie in der Vergangenheit am ehesten mit sozialpolitischen Forderungen (8 Prozent) in Verbindung gebracht, Hinzu kommt die Sorge um bezahlbare Mieten (5 Prozent). Den **Liberalen** fällt eine ausgeprägte inhaltliche Profilierung weiterhin schwer, wenn gleich die Schwerpunkte der FDP noch am ehesten in der Steuerpolitik (5 Prozent) sowie in der Wirtschafts-, Haushalts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik (jeweils 4 Prozent) liegen. **Piraten** und die **Alternative für Deutschland** sind in den abgefragten inhaltlichen Fragen kaum sichtbar.



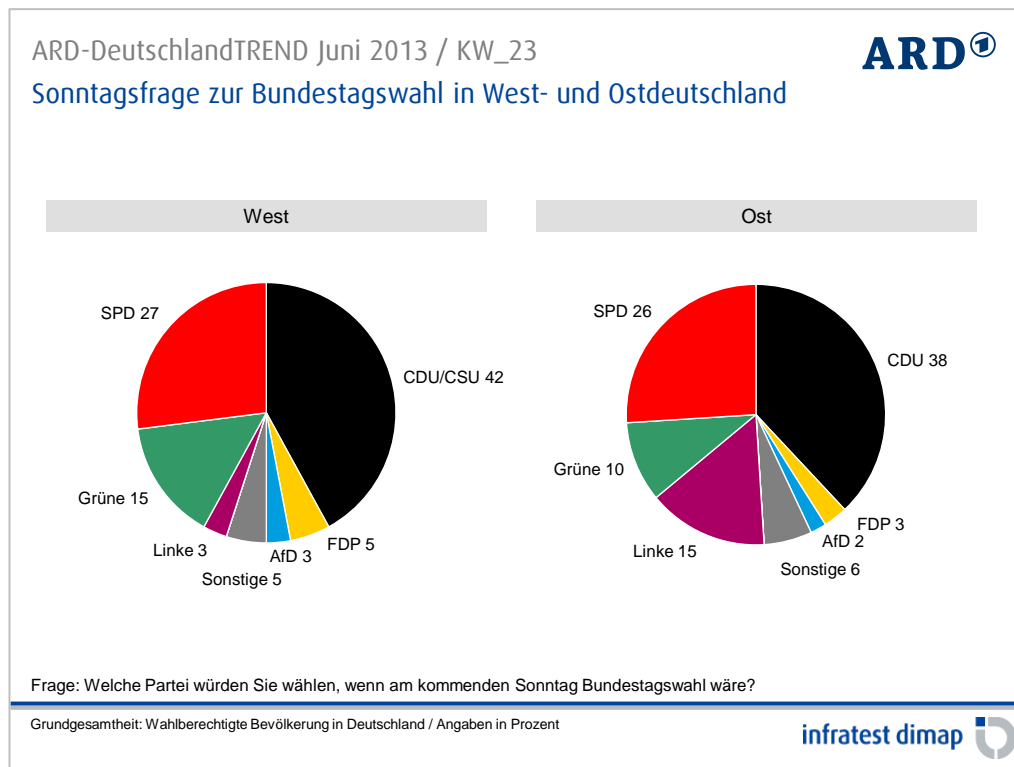
## Sonntagsfrage: Union 14 Punkte vor der SPD

In der politischen Stimmung bleibt die CDU/CSU trotz leichter Verluste mit Abstand stärkste Kraft. Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl käme die Union auf 41 Prozent, ein Minus von 1 Punkt im Vergleich zur Vorwoche. Die SPD würde 27 Prozent (+1) erreichen. Die Anteile von Grünen (14 Prozent), Linke (6 Prozent), FDP (4 Prozent) und der Alternative für Deutschland (3 Prozent) bleiben unverändert. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf einen Stimmenanteil von 5 Prozent.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs hätten sowohl Schwarz-Gelb als auch Rot-Grün die notwendige Regierungsmehrheit klar verfehlt. Neben einer Großen Koalition würden aktuell sowohl ein Zusammenschluss aus Union und Grünen als auch ein rot-rot-grünes Bündnis über eine Mehrheit im Bundestag verfügen.

In den alten Bundesländern käme die Union erneut auf 42 Prozent, die SPD auf konstant 27 Prozent. Auch FDP (5 Prozent), Linke (3 Prozent) und die AfD (3 Prozent) bleiben in dieser Woche stabil. Lediglich die Grünen verlieren im Westen leicht auf 15 Prozent.

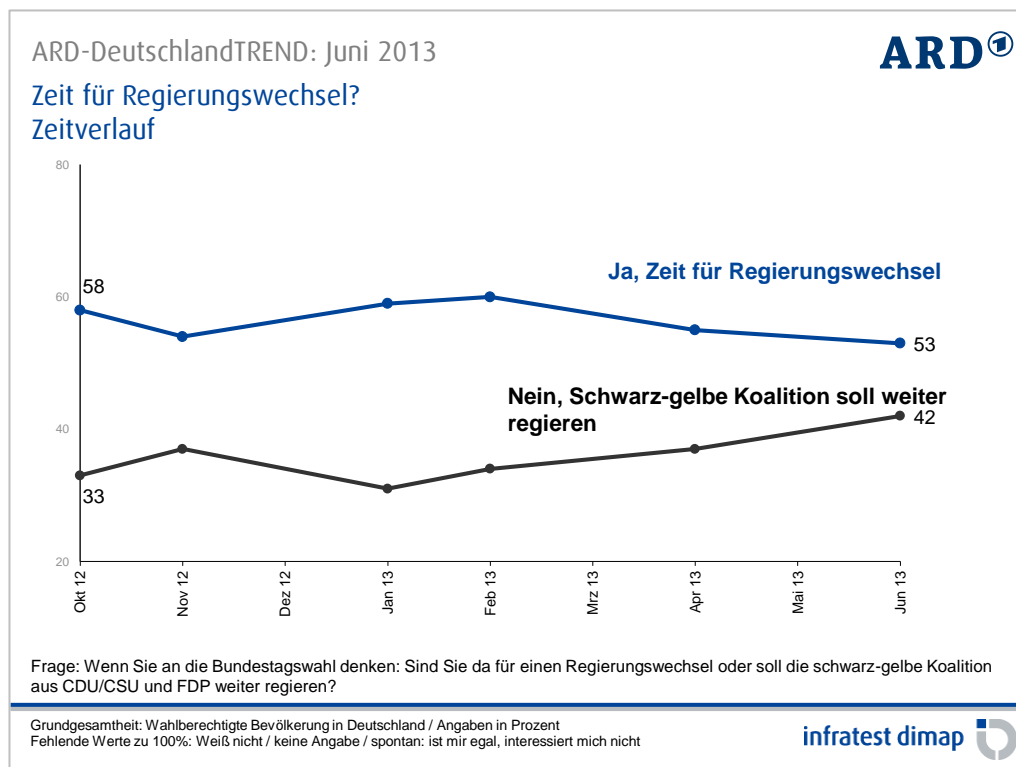


In den neuen Bundesländern erreicht die CDU einen Wähleranteil von 38 Prozent und liegt damit auch hier deutlich vor der SPD mit 26 Prozent, die leicht zulegt. Mit einigem Abstand folgt die Linke (15 Prozent) sowie die Grünen (10 Prozent). FDP (3 Prozent) und AfD (2 Prozent) bleiben im Osten weiterhin unter der Mandatsschwelle.

Die ‚Sonntagsfrage‘ misst aktuelle Wahlneigungen, kein tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess, der erst am Wahltag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

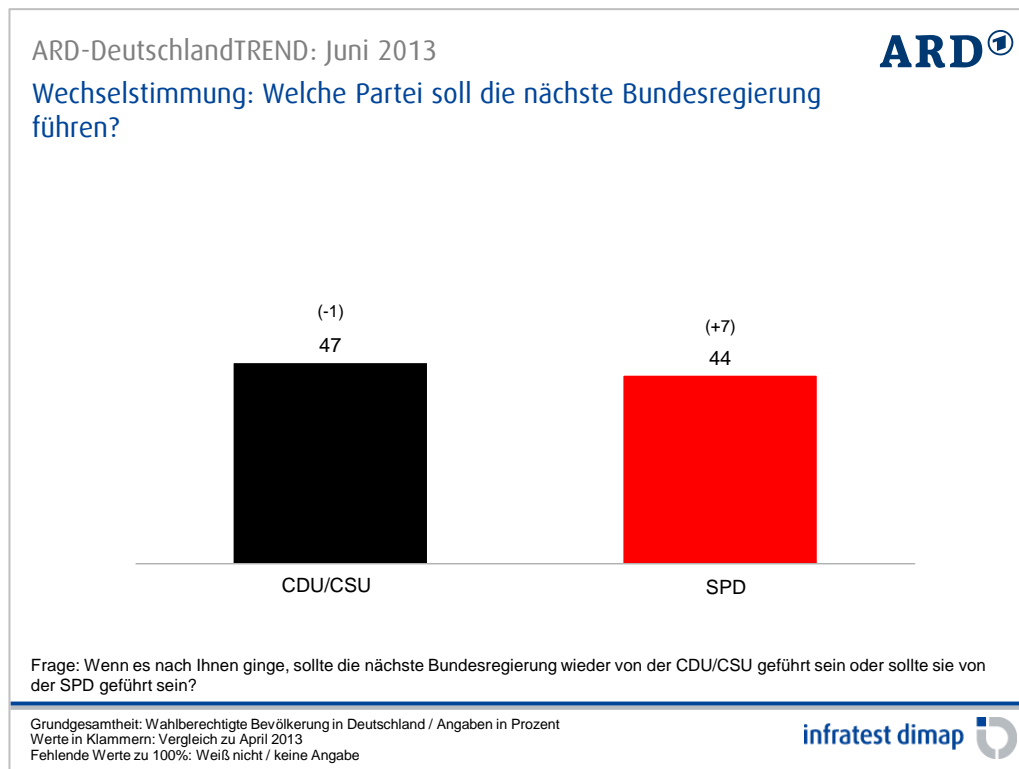
## Geteilte Meinungen zu einem Regierungswechsel

Nach der kommenden Bundestagswahl im September werden die Karten auf der politischen Bühne in Berlin neu gemischt. Wie es dann nach Meinung der Bürger weitergehen soll, ist umstritten. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent plädiert für einen Regierungswechsel, 42 Prozent würden es hingegen lieber sehen, wenn die amtierende Regierung aus Union und Liberalen weiter regieren könnte.



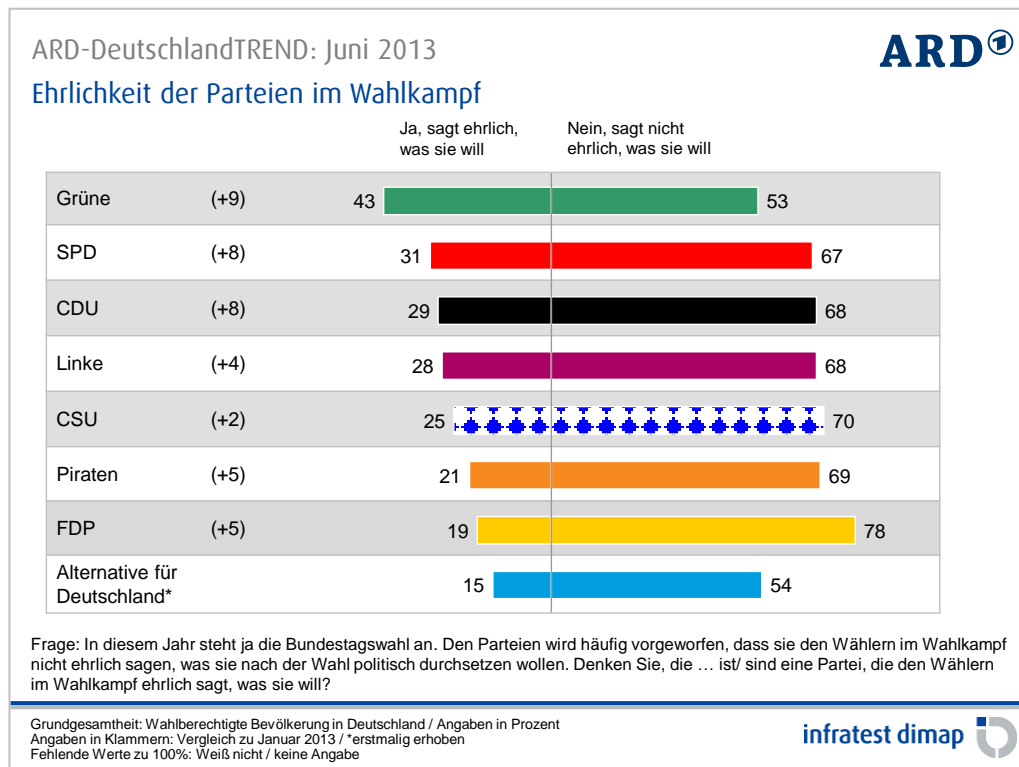
Die Fortführung einer schwarz-gelben Regierung ist damit zwar weiterhin eine Minderheitsposition, hat aber seit Januar (31 Prozent) stetig zugenommen.

Noch kontroverser wird die Frage beantwortet, welche Partei zukünftig die Regierung führen soll. Nach Ansicht von 47 Prozent sollte diese Rolle weiterhin der CDU/CSU zufallen. Fast ebenso viele (44 Prozent) wollen hingegen eine SPD-geführte Bundesregierung.



## Glaubwürdigkeitsdefizit bei allen Parteien

Häufig wird den politischen Parteien der Vorwurf gemacht, sie würden den Wählern im Wahlkampf nicht ehrlich sagen, was sie nach der Wahl umsetzen wollen. Das vergleichsweise beste Ansehen haben in dieser Hinsicht die Grünen, denen von 43 Prozent attestiert wird, im Wahlkampf keine leeren Versprechungen zu machen, während 53 Prozent ihre Ehrlichkeit bezweifeln. In etwa gleichauf liegen unter dem Aspekt der Glaubwürdigkeit SPD (31 Prozent), CDU (29 Prozent) und Linke (28 Prozent), denen von jeweils drei Zehntel der Bevölkerung vertraut wird.

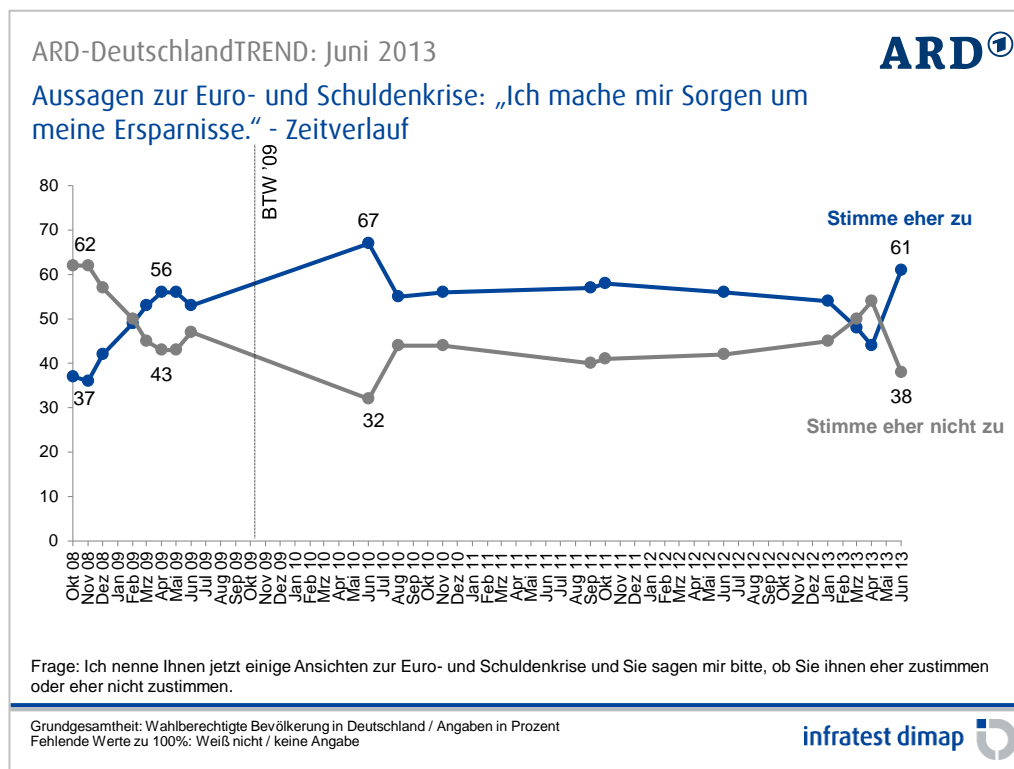


Etwas schlechter bestellt ist es um das bundesweite Image der CSU mit 25 Prozent wohlwollenden Meinungen. Ähnliches gilt für die Piraten (21 Prozent) und die FDP (19 Prozent). Am Ende der Vertrauensskala rangiert die neu gegründete Alternative für Deutschland, von der lediglich 15 Prozent sagen, sie würde einen ehrlichen Wahlkampf betreiben, wobei zu berücksichtigen ist, dass drei Zehntel keine Stellungnahme abgeben wollen oder können.

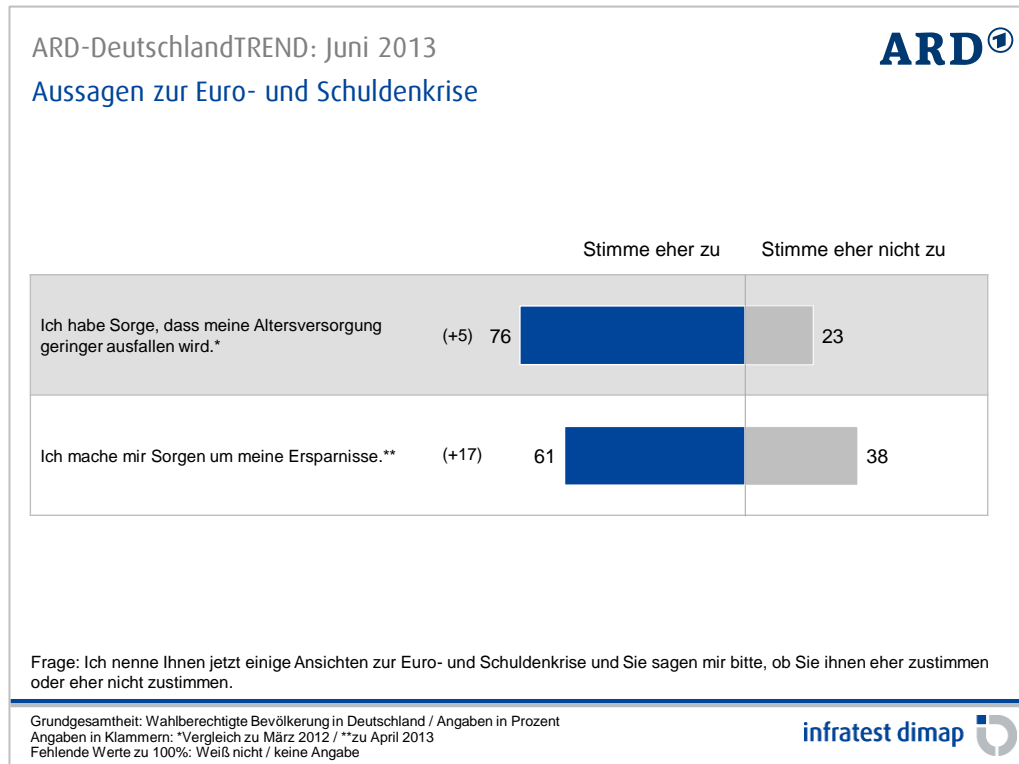
Im Vergleich zum Januar dieses Jahres konnten alle Parteien an Ansehen bei den Bürgern gewinnen. Der Zuwachs an Vertrauen in die Redlichkeit fällt bei der CDU, der SPD und den Grünen mit 8 bzw. 9 Punkten recht deutlich aus.

## Sorge um eigene Ersparnisse hat deutlich zugenommen

Im Zusammenhang mit der Euro- und Finanzkrise spielten die Sorgen um die eigenen Ersparnisse bislang nicht die größte Rolle. In den letzten Monaten haben sich die Befürchtungen mit Blick auf die finanziellen Rücklagen indes erheblich verstärkt – nicht zuletzt wegen des historisch niedrigen Zinsniveaus, was die Renditeaussichten vieler Altersvorsorgemaßnahmen schmälert. Derzeit erklären 61 Prozent der Bundesbürger, sie würden sich Sorgen um ihre Ersparnisse machen – eine Einschätzung, die vor zwei Monaten lediglich 44 Prozent teilten.

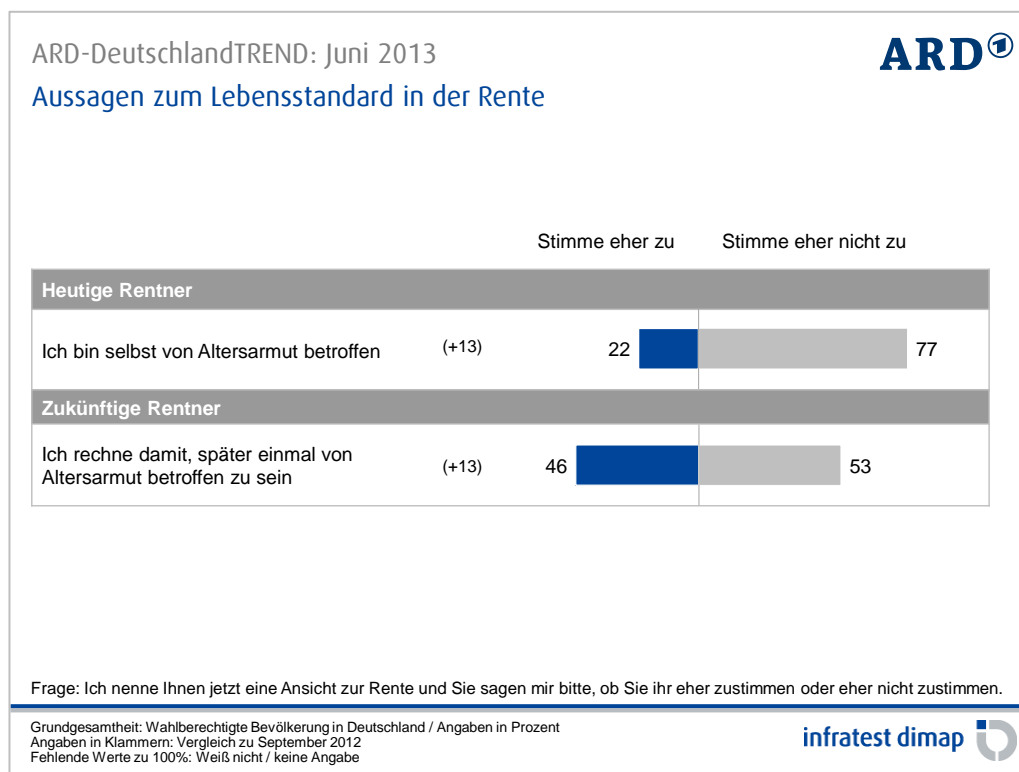


Weit verbreitet sind zudem die Befürchtungen, dass die eigene Altersversorgung dereinst geringer ausfallen könnte als bislang angenommen. Drei von vier Bundesbürgern (76 Prozent) rechnen für die Zukunft mit einer Verschlechterung der persönlichen finanziellen Situation. Bereits vor gut einem Jahr, im März 2012, lag die Zahl mit 71 Prozent fast genauso hoch.



Für die heutigen Rentner ist Altersarmut in den weitaus meisten Fällen (77 Prozent) kein Thema. Gut jeder Fünfte (22 Prozent) fühlt sich hingegen nach eigener Auskunft persönlich davon betroffen.

Ganz anders sieht es aus, wenn künftige Rentnergenerationen nach ihren Erwartungen gefragt werden. Fast jeder Zweite (46 Prozent) rechnet damit, später einmal von Altersarmut betroffen zu sein. Die andere Hälfte (53 Prozent) sieht der Zukunft unter dem Aspekt der finanziellen Absicherung eher gelassen entgegen.



Die Besorgnis vor Altersarmut liegt in den neuen Bundesländern mit 54 Prozent über dem Durchschnitt. Vor allem aber ist sie umso ausgeprägter, je jünger die Bürger sind und je geringer der berufliche Status und das verfügbare Einkommen sind.

--  
Richard Hilmer  
Reinhard Schlinkert